

## **ANFRAGEN an den Bürgermeister**

### **1) Gestaltung eines gemeinsamen Innenhofes**

GR. **Kraxner** stellt folgende Anfrage:

GR. **Kraxner**: Auf Grund der Bitte werde ich mich wirklich kurz halten. Bei meiner Anfrage geht es um die Gestaltung der Innenhöfe beziehungsweise konkret um den Innenhof Schönaugürtel/Ecke Conrad-von-Hötzendorf-Straße und ich würde dich, lieber Herr Bürgermeister bitten, in einem Gespräch mit der zuständigen Wohnungsstadträtin Elke Kahr das zu erwirken, dass man nicht an einen Zaun denkt zwischen einer privaten Wohnanlage und der dort bestehenden Gemeindewohnungsanlage. Ich weiß, der Garten dort, der Innenhof ist wirklich sehr, sehr schön gestaltet worden vom Wohnungsamt. Meine Bitte ist aber, versuchen wir doch ein gemeinsames Zusammenleben zu ermöglichen, noch dazu, wo der Bezirk Jakomini in den letzten Jahren sich immer ausgezeichnet hat, für Innenhöfe einzutreten, für gemeinsame und nicht zu einer Trennung zu kommen. Danke (*Applaus ÖVP*).

### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Es gibt seit Jahren die Bemühungen, die Innenhöfe so gut wie möglich zu erhalten und wo gewünscht eine gemeinsame Nutzung dieser grünen Oasen in der Stadt zu ermöglichen.

Im konkreten Fall geht es um ein Wohnbauprojekt der Firma WEGRAZ auf den Gründen der ehemaligen Sargtischlerei zwischen dem Schönaugürtel und der Oberen Bahnstraße, welche sich gleich neben einer Liegenschaft mit Gemeindewohnungen befindet.

Laut der Stellungnahme vom Wohnungsamt im Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung vom 23.9.2009 soll es nach Fertigstellung des Bauvorhabens der WEGRAZ zu keinem gemeinsamen Innenhof kommen, da es angeblich an einzelnen

Familien der Gemeindewohnungen liege, die diesem Vorhaben negativ gegenüberstünden.

Gerade diese Vorgehensweise wäre im Hinblick auf mögliche soziale Konflikte die falsche, da man mit der Errichtung eines Zaunes jeden sozialen Kontakt zwischen den zukünftig dort wohnenden Familien unterbindet. Man könnte auch sagen: Hier wohnen die Guten und dort die Bösen.

Gerade im hier betroffenen Bezirk Jakomini versucht der Bezirksrat seit Jahren, auf die vielen Vorteile von gemeinsamen Innenhöfen durch Rundgänge etc. aufmerksam zu machen, diese Vorgehensweise wäre daher schlichtweg kontraproduktiv. Auch die KollegInnen der KPÖ im Bezirksrat standen solch gemeinsamen Innenhöfen stets positiv gegenüber.

Ich denke, dass es durchaus ein Versuch wert wäre, es zuerst einmal ohne Einfriedung zu versuchen und man erst beim Auftreten von Problemen den geplanten Zaun errichten sollte. Darüber hinaus sollte es auch im Interesse der KPÖ sein, ein harmonisches Zusammenleben verschiedener sozialer Herkunft zu ermöglichen und nicht von vornherein eine Chance zunichte machen.

Ich stelle daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs die

### **A n f r a g e:**

Bist du bereit, die dafür zuständige Wohnungsstadträtin Elke Kahr zu ersuchen, von einer solchen Einzäunung vorerst abzusehen?

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## 2) Erstellung eines Kriterienkataloges für seniorenrechtliches Essen

GRin. **Gesek** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Gesek**: Ich stelle an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die Anfrage, ob du bereit bist, einen Kriterienkatalog für seniorenrechtliches Essen erstellen zu lassen, wobei auch gesunde und regionale Produkte Berücksichtigung finden sollen (*Applaus ÖVP*).

### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Immer wieder kann man feststellen, dass in manchen Pflegeheimen kein seniorenrechtliches Essen an die SeniorInnen, vor allem abends, verabreicht wird. Gerade SeniorInnen bedürfen einer speziellen Ernährung, was Diäten, Vitamine und vieles mehr anbelangt.

Ich stelle daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs die

### **A n f r a g e ,**

ob du bereit bist, an die zuständigen Stellen heranzutreten, einen Kriterien-Katalog für seniorenrechtliches Essen erstellen zu lassen, wo vor allem gesunde und regionale Produkte Berücksichtigung finden.

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

### **3) Verkehrsmaßnahmen in der Rösselmühlgasse beziehungsweise Josef-Huber-Gasse**

GR. **Eichberger** stellt folgende Anfrage:

GR. **Eichberger**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In meiner Anfrage geht es um die gesetzten Verkehrsmaßnahmen in der Rösselmühlgasse beziehungsweise Josef-Huber-Gasse. Hier die Anfrage an den Herrn Bürgermeister, ob du bereit bist, auf die Verkehrsreferentin, nachdem sie trotz heftiger Proteste und hunderter Unterschriften bis dato nicht bereit war, gesetzte Maßnahmen hier abzuändern oder zurückzunehmen, ob du eben bereit bist, mit ihr noch einmal ins Gespräch zu treten, dass sie gemeinsam mit der Bezirksvorstehung, mit Vertretern der BewohnerInnen sowie auch mit den Geschäftsleuten, mit der dortigen Wirtschaft ein Gespräch führt und die eine oder andere Maßnahme, die zu Lasten der Bevölkerung, aber auch der Wirtschaft in diesem Gebiet geht, einfach zurückzunehmen beziehungsweise abzuändern (*Applaus SPÖ*).

#### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Vor einiger Zeit wurden unter dem Aspekt der Erhöhung der Verkehrssicherheit bzw. Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs diverse Maßnahmen in der Rösselmühlgasse und Josef-Huber-Gasse gesetzt. So kam es zu diversen Linksabbiegeverboten und zur Errichtung einer eigenen Busspur.

Mögen diese getroffenen Maßnahmen auch den einen oder anderen positiven Effekt erzielen, brachten diese Veränderungen aber auch gravierende Nachteile für die Bevölkerung bzw. die dortige Wirtschaft. Nebst dem Verlust von zahlreichen Parkplätzen sind auch viele Gewerbetreibende durch die nunmehr schlechtere bzw. umständliche Erreichbarkeit in ihrer Existenz gefährdet. Viele dieser neuen Maßnahmen und Markierungen sind logisch nicht erklärbar und daher nicht nachvollziehbar und akzeptabel.

- So darf zwar aus der Hofausfahrt Rösselmühlgasse Nr. 13 kommend links abgebogen werden, aus dem Nachbarhaus Nr. 11 jedoch nicht.
- So darf auf der gesamten Strecke stadtauswärts zwischen Griesplatz und Eggenberger Gürtel vielfach links abgebogen werden, jedoch bei der Dreihackengasse nicht.
- So existierten zwar in der Josef Huber-Gasse nach wie vor Blaue Zonen-Tafeln, gleichzeitig jedoch auch die Hinweistafel, dass diese Parkspur gleichzeitig Fahrspur ist.
- So darf aus vielen Querstraßen in die Josef-Huber-Gasse links abgebogen werden, jedoch von der Dreihackengasse in die Rösselmühlgasse nicht.

Dass viele BewohnerInnen/Gewerbetreibende ob dieser unterschiedlichen Verordnungen vehement Änderungen bzw. Rücknahmen fordern, ist berechtigt und nachvollziehbar.

Da die ressortverantwortliche Bürgermeister-Stellvertreterin Lisa Rücker trotz heftiger Proteste und hunderter Unterschriften gegen das Linksabbiegeverbot Rösselmühlgasse/Dreihackengasse bis dato keine Kompromissbereitschaft signalisierte, stelle ich namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

### **A n f r a g e ,**

ob du bereit bist, auf die Verkehrsreferentin einzuwirken, damit diese endlich Bezirksvorstehung, BewohnerInnen und Geschäftsleute dieses Gebietes einlädt, um gemeinsam Verbesserungspotentiale zu ventilieren und umzusetzen.

***Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

#### 4) Reininghausgründe/Asset One

GRin. **Krampl** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Krampl**: Bei meiner Frage geht es um Graz Reininghaus. Ich stelle an dich, Herr Bürgermeister, die Anfrage, ob du bereit bist, dem Gemeinderat ehebaldigst Auskunft über den Stand der Dinge beziehungsweise über die Verhandlungen mit Asset One insbesondere auch im Zusammenhang mit den im Motivenbericht genannten offenen Fragen zu geben, also diese Fragen wirst du dir sicher ganz genau anschauen und dann beantworten. Danke (*Applaus SPÖ*).

#### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Wie erst gestern wieder der Kleinen Zeitung zu entnehmen war, finden mit Asset One Verhandlungen wegen des Ankaufs der Reininghausgründe statt. Und offenbar sind diese Verhandlungen schon sehr weit gediehen, wenn man das Interview mit Asset-One-Chef Ernst Scholdan genau liest: Es werden Kaufsummen kolportiert, der Asset One-Chef selbst soll – wenn der Deal mit der Stadt abgewickelt sein wird – ebenfalls an Bord bleiben.

Nun reden wir hier nicht vom Ankauf eines kleinen Schrebergartens um ein paar hundert Euro, sondern um eine Investition, die gut und gerne 100 Millionen Euro ausmachen könnte. Auch wenn deine Erstkündigung der Kaufabsicht anderes vermuten lässt: Dein – laut medialer Berichterstattung – spontanes „ich kaufe“ bezog sich ja nicht auf den Geschäfts- oder Privatmann Siegfried Nagl, sondern auf die Verwendung städtischer Gelder. Und daher ist es aus Sicht der SPÖ auch an der Zeit, jene, die den Kauf finanzieren sollen, ein wenig mehr über Umstände und Rahmenbedingungen dieses geplanten Deals zu informieren: nämlich die Grazerinnen und Grazer. Und das idealerweise im Gemeinderat als dem obersten Organ dieser Stadt.

Offene Fragen gibt es jedenfalls sehr viele:

- Wer verhandelt kraft welchen Mandats mit Asset One seit wann?

- Wer definiert den Wert dieser Grundstücke? Denn bis dato kursieren ausschließlich jene Summen, die Asset One haben möchte. Nun ist es Asset One natürlich nicht zum Vorwurf zu machen, das Höchstmögliche und vielleicht noch mehr aus einem Geschäft mit der Stadt Graz herauszuschlagen. Nur können sich Verhandlungen ja nicht primär an den Preisvorstellungen des Verkäufers orientieren – wurden unabhängige Gutachter beigezogen bzw. besteht die Absicht, solche beizuziehen?
- Dann, eine auch nicht ganz unwesentliche Frage: Sollte man sich zum Kauf entschließen – wie sehen die weiterführenden Überlegungen oder Pläne aus? Ist womöglich daran gedacht, die sogenannten Filetstücke dann an Investoren zu veräußern, während für die öffentliche Hand – was ja nicht zum ersten Mal bei solchen Deals der Fall wäre – die wenig brauchbaren Reste verbleiben?
- Und natürlich: Wie soll überhaupt dieser Kauf finanziert werden?

Seitens der SPÖ besteht natürlich größtes Interesse an einer bestmöglichen städtebaulichen Entwicklung der Reininghausgründe. Wir empfanden es deshalb auch als überaus bedauerlich, dass Asset One – sichtlich auch unter dem Druck infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise – vom Vorhaben, hier einen modernen, zukunftsorientierten Stadtteil zu verwirklichen, zurücktrat. Umso größer ist jetzt die Sorge, dass die Stadt einmal mehr – ich denke in diesem Zusammenhang nur an die Thalia – ein nicht aus dem Trockendock kommendes Schiff zu übernehmen bereit ist, ohne an die finanziellen Folgen, an die weiteren Konsequenzen und an die daraus resultierenden Erfordernisse zu denken.

In diesem Sinne stelle ich daher namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs die

### **A n f r a g e ,**

ob du bereit bist, dem Gemeinderat ehebaldigst Auskunft für den Stand der Dinge der Verhandlungen mit Asset One – insbesondere auch in Zusammenhang mit dem im Motivenbericht genannten offenen Fragen – zu geben.

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## 5) Cityrunner

GRin. Mag.<sup>a</sup> Dr. **Sprachmann** stellt folgende Anfrage:

GRin. Mag.<sup>a</sup> Dr. **Sprachmann**: Es geht wirklich um den Cityrunner und dass die Türen viel zu schnell schließen. Und deswegen stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, im Rahmen von Ihrer Koordinationsfunktion die Anfrage: Werden Sie sich entsprechend dem Motivenbericht dafür einsetzen und mit der Organisation der Grazer Stadtwerke oder Verkehrsbetriebe Gespräche führen, damit Gehbehinderte, Frauen mit Kinderwagen und auch Fahrgäste ohne Handicaps in den neuen Cityrunner ohne Probleme einsteigen können?

### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Die „Cityrunner“ sind, wie Sie wissen, die neuen, tollen Straßenbahnen, welche sich aufgrund ihres niederen Einstieges optimal für Fahrten von „Gehbehinderten“ und „Frauen mit Kinderwagen“ eignen und auch dafür gedacht sind.

Das Problem, welches immer wieder auftritt und damit den guten Zweck negiert, ist, dass die Türen zumeist so schnell geschlossen werden, dass auch Fahrgäste ohne Beweglichkeitsprobleme nicht mehr einsteigen können und die Straßenbahn ohne sie abfährt.

Die Fahrgäste sind darüber natürlich erbost.

Ursache für dieses Manko ist, dass wenn seitens des Fahrers die Straßenbahn durch Betätigung der Zentralschließstaste geschlossen wird, ein Öffnen der Tür nicht mehr möglich ist.

Die Organisation der GVB ist damit gefragt, um dieses Problem zu beseitigen.

Ich stelle daher an Sie, Herr Bürgermeister, im Rahmen ihrer Koordinierungsfunktion die

### **A n f r a g e ,**

werden Sie mit der Organisation der Grazer Verkehrsbetriebe Gespräche führen, damit „Gehbehinderte“, „Frauen mit Kinderwagen“ und auch Fahrgäste ohne Handicaps in die neuen „Cityrunner“ ohne Probleme einsteigen können?

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

#### **6) Linksabbiegeverbot auf der Keplerbrücke**

GRin. Mag.<sup>a</sup> Dr. **Sprachmann** stellt folgende Anfrage:

GRin. Mag.<sup>a</sup> Dr. **Sprachmann**: Es geht bei der anderen Anfrage um das Linksabbiegeverbot auf der Keplerbrücke, das insbesondere auch für Radfahrer große Probleme aufwerfen kann, und deswegen stelle ich die Anfrage, sehr geehrter Herr Bürgermeister, werden Sie sich entsprechend der gestellten Frage dafür einsetzen, eine sinnhafte und optimale Verkehrslösung für alle Verkehrsteilnehmer im Bereich der Keplerbrücke umzusetzen? Danke.

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Auf der Keplerbrücke gibt es ein Linksabbiegeverbot für Fahrzeuge.

Dieses Linksabbiegeverbot wird seitens der Autofahrer vollständig negiert. Aufgenommene Fotos, welche in der Zeitschrift „Lend im Scheinwerfer“ abgebildet wurden, verzeichnen innerhalb eines Zeitraumes von 4 Minuten sechs Übertretungen des Linksabbiegeverbotes.

Die Notwendigkeit einer Verkehrsregelung, welche natürlich auch eingehalten wird, ist gegeben und sowohl sinnhaft als auch notwendig. Denn jetzt sind die Radfahrer auf dem über die Brücke laufenden Radweg mehr gefährdet als bevor das Linksabbiegeverbot eingeführt worden ist.

Ich stelle daher namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

**A n f r a g e ,**

werden Sie sich entsprechend der gestellten Frage dafür einsetzen, eine sinnhafte und optimale Verkehrslösung für alle Verkehrsteilnehmer im Bereich der Keplerbrücke umzusetzen?

***Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich möchte nur vielleicht zum Thema Cityrunner, ich habe es einmal ausprobieren dürfen und bin mit dem Cityrunner ein paar Stationen gefahren mit einem Ausbildner der Grazer Verkehrsbetriebe und ich weiß, dass diese Zentralschließaste natürlich auch ein ganz, ganz wichtiges Instrument für die Fahrerinnen und Fahrer ist, weil sie ja über diese Länge oft nicht einmal

zurückschauen können, deswegen wird die betätigt werden müssen. Aber ich werde trotzdem einmal fragen, ob es da vielleicht eine technische Verbesserung zumindest gäbe. Aber wie gesagt, die Gefahr, nicht die Zentralschließstaste zu haben, vergrößert das Problem, dass auch jemand unter Umständen dann auch auf Grund der Einzelmechanismen auch wieder eingezwickelt wird. Aber ich werde das Thema einmal mit der GVB diskutieren.

## **7) Dringlicher Antrag „Nachhaltiges regionales Energiekonzept für den Großraum Graz“ – Petition an das Land Steiermark vom 18.9.2008**

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner** stellt folgende Anfrage:

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! In meinem dringlichen Antrag geht es um eine Petition, nämlich um eine Petition um ein nachhaltiges regionales Energiekonzept für den Großraum Graz. Diese Petition wurde am 18. September 2008, ich wiederhole 2008, im Gemeinderat mehrheitlich beschlossen und bis heute, also ein Jahr und zwei Monate später, habe ich keine Antwort von Seiten des Landes Steiermark erhalten. Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die Frage, was gedenken Sie zu tun, damit sich der Steiermärkische Landtag mit dieser Petition befasst und uns eine Antwort zukommen lässt?

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin! In aller Bescheidenheit stelle ich fest, das ich natürlich, und auch Sie wissen, dass das oberste Organ der Stadt Graz der Gemeinderat ist, also gehe ich davon aus, dass es gar keine wichtigere Intervention im Land Steiermark geben kann als eine Petition des Grazer Gemeinderates und auch mein. Nachfragen oder meine Bitte im Land Steiermark in jenen Raum gehen, wo die Wandschränke mit Grazer Petitionen liegen müssen. Weil es müssen mittlerweile wirklich Wandschränke sein, die wir schon hinaufgeschickt haben, jenen

herauszusuchen, mit der Bitte, dass sie ihn schneller behandeln, kann ich tun, aber wir schicken natürlich sehr viele Petitionen hinauf, es geht an den Petitionsausschuss, und der Petitionsausschuss des Steiermärkischen Landtages arbeitet in der Geschwindigkeit, ich werde einmal den Vorsitzenden dieses Petitionsausschusses, ich weiß gar nicht, wer es im Moment ist, den werde ich einmal ersuchen, uns mitzuteilen, wie er den gedenkt, all das abzuarbeiten und in welcher Geschwindigkeit und werde das zurückmelden.

**Motivenbericht nur schriftlich:**

In der Gemeinderatssitzung vom 18. September 2008 hat der Grazer Gemeinderat mehrheitlich eine Petition an den Steiermärkischen Landtag mit folgendem Inhalt beschlossen:

„Der Landtag wird ersucht, von der Landesregierung ein nachhaltiges regionales Energiekonzept für den Großraum Graz einzufordern, welches gemeinsam mit der Stadt Graz und unter Mitarbeit unabhängiger ExpertInnen ehestmöglich im Sinne der Vorschläge im Motivenbericht entwickelt und umgesetzt wird. Dadurch wird auch ein Schritt zur Umsetzung des unlängst beschlossenen Klimaschutzzieles gesetzt.“

Bis heute, also 1 Jahr und 2 Monate später, habe ich keine Antwort auf diese Petition erhalten.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

**A n f r a g e ,**

was Sie zu tun gedenken, damit sich der Steiermärkische Landtag mit dieser Petition befasst und uns eine Antwort zukommen lässt?

***Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

## 8) BürgerInnen-Ehrung

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Grabe** stellt folgende Anfrage:

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Grabe**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Meine Anfrage betrifft die jährlichen Bürgerinnen- und Bürgerehrungen. Wir hatten ja im Vorjahr erfreulicherweise durch Koalitionsgespräche und durch einen Antrag, der breit unterstützt wurde, schon den ersten Schritt umgesetzt, dass so lange mehr Frauen nominiert werden, so lange das Verhältnis unausgeglichen ist. Ein weiterer Punkt dieses Antrages ist aber noch offen geblieben, nämlich die Anregung damals, bei der Nominierung von Kandidatinnen und Kandidaten auch die Öffentlichkeit einzubeziehen, zum Beispiel über das BIG oder andere Medien der Stadt Graz. Jetzt wollte ich dazu meine Anfrage stellen, wie der Stand der Dinge bezüglich dieser Einbindung von der Grazer Bevölkerung ist.

Bgm. Mag. **Nagl**: Werde ich geschäftsordnungsmäßig erledigen. Habe ich in der Zwischenzeit noch nicht entschieden, wie wir wirklich damit umgehen sollen. Ich habe ja auch darum gebeten, dass auch die Fraktionen, die ja doch die meisten Vereine und NGOs kennen, darüber nachdenken und auch solche Meldungen an mich herantragen. Wir haben es ja bei der letzten BürgerInnenernennung einmal geschafft, ein mehr als ausgewogenes Verhältnis zugunsten von Frauen hier zu schaffen. Ich bin mir sicher, dass uns das auch in Zukunft gelingen wird. Ich weiß nicht, ob der Aufruf in der Öffentlichkeit nicht auch sehr viele Erwartungshaltungen von manchen wecken wird und ob wir dann damit auch umgehen können. Es sind in Summe nur ungefähr 120 Damen und Herren, denen diese besondere Ehrung zuteil wird und wir wissen, dass das alle zwei Jahre in etwa zehn bis 14 Personen nur sein können und ich denke mir, das müsste auch auf diesem Weg gelingen, das ist so mein momentaner Gedanke dazu.

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Im vergangenen Jahr hatte ich - auch unterstützt von der Grazer ÖVP-GR<sup>in</sup> Sissi Potzinger sowie von weiteren GR-Fraktionen - einen Antrag bezüglich der Ehrungen der Stadt Graz für verdiente Bürgerinnen und Bürger gestellt.

Ein Teil dieses Antrages - nämlich der Vorzug weiblicher Nominierungen, solange das Geschlechterverhältnis bei den Geehrten so ungleich ist wie bislang - ist ja erfreulicherweise auch bereits bei der letzten Runde der Ehrungen umgesetzt worden.

Zu einem weiteren Punkt des Antrags, der die Einbeziehung der Grazer Bevölkerung bei der Nominierung von KandidatInnen betrifft (z.B. via BIG-Aufruf), schrieben Sie mir in der Antragsbeantwortung, diese müsse zwischen den Klubs noch verhandelt und besprochen werden.

Daher meine Anfrage: Wie ist der Stand der Dinge bezüglich der Einbeziehung der Grazer Bevölkerung in die BürgerInnen-Nominierungen bzw. welche Schritte sind geplant, um diese parteiübergreifend auszuverhandeln?

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## **9) Postpartner im Grazer Stadtgebiet**

GR. **Sikora** stellt folgende Anfrage:

GR. **Sikora**: Werter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Meine Anfrage, die ich auch kurz fassen werde. Folgende Anfrage: Nach der Schließung von sechs Filialen der Post AG im Grazer Stadtgebiet kam es hier zur Äußerung, Bedarfserhebung zu ermöglichen, wie viele Postpartner notwendig sind, um eine postalische Versorgung flächendeckend im Stadtgebiet zu erreichen und darum die

Anfrage, wie es mit der postalischen Versorgung mittels Postpartner in näherer Umgebung von bereits geschlossenen Filialen der Post AG in Graz ausschaut?

GR. Mag. **Nagl**: Eine klare Antwort. Alle die von den Fraktionen aus entsandt wurden zu den Gesprächen mit der Post, haben damals gehört, dass die Post gesagt hat, innerhalb des Stadtgebietes, auch rund um jetzt geschlossene Filialen, möchten sie auch keine Postpartner oder Postpartnerinnen zulassen. Ganz einfach aus dem Grund, dass wieder ein Kannibalisierungseffekt auftreten würde und beide nicht positiv zu führen wären. Ich habe jetzt einmal durch Zufall auch die Dame getroffen, die für die Organisation zuständig ist, die mir mitgeteilt hat, dass es mittlerweile gelungen ist, einen Großteil der jetzt verbliebenen Postämter schon positiv zu führen, weil diese Effekte durch das Schließen des einen oder dieser anderen Zweigstellen, die daneben liegen, wieder mit einer stärkeren Frequenz und damit auch mit stärkeren Ergebnissen und besseren Ergebnissen zu versorgen. Das heißt, die Post denkt in absehbarer Zeit nicht an Postpartner, wenn es um solche Auflösungen gegangen ist, sie haben uns aber auch mitgeteilt, dass bei einer eventuellen weiteren Schließung, die vielleicht einmal auch wieder kommen könnte, dann das System der Postpartner und Postpartnerinnen angedacht wird, vor allem dann, wenn es um Randbezirke von Graz oder schon entlegenere Poststellen geht. Aber im Moment kann ich eher positiv vermelden, dass auf Grund der Reform, die jetzt durchgeführt wurde, ein Großteil, eigentlich, glaube ich, fast alle jetzt verbliebenen Filialen auch rein vom Ergebnis viel besser dastehen oder positiv sein sollen.

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Nach der Schließung von Filialen der Post AG im Grazer Stadtgebiet, so z. B. der Postfilialen Ragnitz, Mariatrost, Peter-Tunner-Gasse, Rösselmühlgasse, Kasernstraße und Triesterstraße haben sich BewohnerInnen dieser Stadtteile mit der Frage an mich gewandt, ob Sie Verhandlungen mit der Post AG aufgenommen haben, um in näherer Umgebung von bereits geschlossenen Filialen die weitere Beibehaltung einer flächendeckenden, serviceorientierten und umfassenden

postalischen Versorgung mittels Einrichtung von Postpartnern zu garantieren und ob Sie bereit sind, alles Mögliche zu unternehmen, um weitere Schließungen von Postfilialen im Grazer Stadtgebiet zu verhindern. So wird von den Medien eine für nächstes Jahr geplante Schließung der Postfilialen Stiftingtalstraße, Lazarettgürtel, Annenstraße, Gaswerkstraße und St.-Peter-Hauptstraße kolportiert.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

### **A n f r a g e :**

Wie sieht es mit der postalischen Versorgung mittels Postpartnern in näherer Umgebung von bereits geschlossenen Filialen der Post AG in Graz aus?

#### **10) Fußgängerübergang Flurlwirt**

GR. **Eber** stellt folgende Anfrage:

GR. **Eber**: Es geht um den Flurlwirt beziehungsweise um einen Fußgängerübergang dort. Es gibt dort den ausdrücklichen Wunsch, einen solchen zu errichten, allerdings so wie es derzeit aussieht, wären damit sehr hohe Kosten für das Gasthaus verbunden. Von da her meine Anfrage, sind Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, bereit, sich für die Errichtung eines Schutzweges dort in diesem Gebiet auszusprechen, wobei die Kosten für den Flurlwirt in zumindest überschaubarer Höhe bleiben sollen (*Applaus KPÖ*)?

#### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Der Flurlwirt in der Puchstraße 164 ist ein – zum Glück noch – gut frequentiertes Gasthaus. Allerdings steht er vor folgendem Problem: Der Parkplatz für das Lokal

befindet sich auf der gegenüberliegenden Seite, einen Fußgängerübergang gibt es aber nicht. Dadurch ergeben sich für die BesucherInnen des Flurlwirts, aber auch für einige AnrainerInnen, oft gefährliche Situationen.

Vor ca. einem Jahr wurden in kürzester Zeit 699 Unterschriften für die Anbringung eines Fußgängerüberganges auf Höhe Puchstraße 164 gesammelt, am 2. Februar 2009 wurden diese Unterschriften dem Bürgermeisteramt übergeben. Von Seiten des Straßenamtes wurde dem „Flurlwirt“ mitgeteilt, dass eine Verordnung eines Schutzweges aufgrund fehlender Aufstandsflächen und fortführender Gehsteige nicht möglich ist. Die Schaffung dieser Voraussetzungen sowie die Errichtung einer entsprechenden Schutzwegbeleuchtung müssten vom Flurlwirt privat bezahlt werden. Die Kosten dafür übersteigen verständlicherweise die finanziellen Möglichkeiten eines derartigen Gasthauses.

Daher stelle ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

### **A n f r a g e :**

Sind Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, bereit, sich für die Errichtung eines Schutzweges auf Höhe Puchstraße 164 (Flurlwirt) und der damit verbundenen baulichen Maßnahmen einzusetzen, die den BesucherInnen des Flurlwirts ein gefahrloses Überqueren der Puchstraße ermöglichen, wobei die finanzielle Belastung für den Flurlwirt in überschaubarem Rahmen bleiben soll?

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

### **11) Zweistundenkarte der GVB**

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgende Anfrage:

GR. Mag. **Fabisch**: Ich habe vor mehr als einem halben Jahr schon einen Antrag gestellt in dieser Sache, es geht um die Verlängerung des Ein-Stunden-Tickets auf zwei Stunden in der GVB ohne Preiserhöhung. Die Reaktionen aus der Bevölkerung waren für uns sehr positiv. Offizielle Reaktion habe ich noch keine erlebt, darum stelle ich eine Anfrage, ob Sie, lieber Herr Bürgermeister, du bereit bist, an den Steirischen Verkehrsverbund mit dem Ersuchen heranzutreten, den Einzelfahrschein in der Kernzone Graz künftig ohne Preiserhöhung als Zweistundenkarte anzubieten? Aus unserer Sicht gibt es nur Gewinner bei dieser Sache. Danke (*Applaus KPÖ*).

### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Vor geraumer Zeit stellte ich den Antrag, die jetzige Stundenkarte des Verkehrsverbundes für die Kernzone Graz in eine Zweistundenkarte bei gleich bleibendem Preis umzuwandeln. Die Stundenkarte, die meist dazu dient, kurze Einkäufe oder sonstige Erledigungen in der Innenstadt zu vollziehen, gewinnt bei einer Verlängerung der Geltungsdauer um 60 Minuten an Attraktivität und befreit die Kunden der GVB aus den Randzonen von Graz von der Sorge, unfreiwillig zum Schwarzfahrer zu werden. Diese Lösung wäre für alle Beteiligten von Vorteil: Für die BenutzerInnen, für die GVB sowie die Innenstadtkaufleute und Gewerbetreibenden.

Die Sorge, dass bei Einführung dieser Zweistundenkarte die bestehende Tageskarte schlechter angenommen würde, ist meiner Ansicht nach unbegründet. Im Gegenteil: Man kann dadurch Autofahrer zum Umsteigen auf die GVB bewegen.

Weil in der Angelegenheit Einführung einer Zweistundenkarte keine Bewegung zu sehen ist, stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

### **A n f r a g e :**

Sind Sie bereit, an den Steirischen Verkehrsverbund mit dem Ersuchen heranzutreten, den Einzelfahrschein in der Kernzone Graz künftig ohne Preiserhöhung als Zweistundenkarte anzubieten?

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## **12) Stand der Dinge in Sachen Hochwasserschutz Andritz**

GR. **Hötzl** stellt folgende Anfrage:

GR. **Hötzl**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Meine Anfrage bezieht sich auf die Hochwassersituation in Andritz beziehungsweise um die Baumaßnahmen oder der aktuelle Stand der Dinge. Welche Entwicklungen gibt es seit der Gemeinderatssitzung vom September 2009 in Hinblick auf den Hochwasserschutz in Graz unter besonderer Berücksichtigung der prekären Situation in Andritz?

### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Angesichts zahlreicher Überschwemmungen zeigte sich in diesem Sommer erneut die Säumigkeit der öffentlichen Hand in Sachen Hochwasserschutz in Andritz. Allerdings haben Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, in der ersten Gemeinderatssitzung nach der Sommerpause angekündigt, alles zu unternehmen, was der Verbesserung dieses Missstandes dient. Der Öffentlichkeit und zahlreichen Bürgerinitiativen ließen Sie Ihrerseits medial ausrichten, dass Sie diese Angelegenheit als „Chefsache“ betrachten. Neben dem im September beschlossenen Sachprogramm „Grazer Bäche“ gibt es allerdings vor allem in Andritz zahlreiche Sofortmaßnahmen umzusetzen.

Neben dem Planungsstadium und den entsprechenden Baufortschritten sind vor allem die Verhandlungen mit den betroffenen Grundstücksbesitzern von übergeordnetem Interesse.

Ich richte daher namens des FPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachstehende

**Anfrage:**

Welche Entwicklungen gibt es seit der Gemeinderatssitzung vom September 2009 in Hinblick auf den Hochwasserschutz in Graz unter besonderer Berücksichtigung der prekären Situation in Andritz?

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

**13) Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr; Freifahrt auf Linien der GVB in Dienstuniform zum beziehungsweise vom Dienst**

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgende Anfrage:

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich richte an dich die Anfrage, ob du bereit bist, mit dem Vorstand der Graz AG und den Verantwortlichen der Grazer Verkehrsbetriebe Verhandlungen aufzunehmen, um den Kameraden und Kameradinnen der Freiwilligen Feuerwehr Graz für die Fahrten zum Dienst beziehungsweise vom Dienst eine Freifahrt auf den Linien der Grazer Verkehrsbetriebe zu ermöglichen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Halte ich für gescheit, werden wir geschäftsordnungsgemäß behandeln.

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Im November des Vorjahres wurde unsere Freiwillige Feuerwehr gegründet. An dieser Gründung waren du als Bürgermeister der Landeshauptstadt sowie GR Kurt Hohensinner maßgeblich beteiligt.

Seither meldeten sich über 150 Kameradinnen und Kameraden, um sich ehrenamtlich für die steirische Landeshauptstadt Graz zu engagieren und um im Ernstfall ihre erlernten Fähigkeiten unter Beweis zu stellen.

Die Freiwillige Feuerwehr Graz wurde gegründet, um die Berufsfeuerwehr im Einsatz-, Großschadens- sowie Katastrophenfall bestmöglich zu unterstützen und zu ergänzen. Die letzten Jahre haben leider bewiesen, dass auch die Steiermark nicht von Naturkatastrophen verschont blieb. Stürme, Hochwasser oder Murenabgänge sind trauriger Anlass für den Bedarf an rasch helfenden Organisationen.

Die Stadt Graz wächst stetig - allein in den letzten Jahren stieg die Einwohnerzahl in Graz um 15.000 Menschen – und im selben Maße steigen die Anforderungen und Einsatzvielfältigkeiten. So soll in Zukunft die Freiwillige Feuerwehr noch intensiver als bisher dazu beitragen, die steirische Landeshauptstadt noch sicherer zu machen. Diese Tätigkeiten werden von den Feuerwehrkameradinnen und Kameraden in ihrer Freizeit absolviert.

In diesem Zusammenhang erscheint es als selbstverständlich, dass auch die Stadt ihren freiwilligen Helfern in logistischer Hinsicht entgegen kommen sollte.

Einen kleinen aber wesentlichen Schritt in diese Richtung stellt die GVB-Freifahrt zum bzw. vom Dienst dar.

Im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

### **A n f r a g e ,**

ob Du bereit bist, mit dem Vorstand der Graz AG und den Verantwortlichen der Grazer Verkehrsbetriebe Verhandlungen aufzunehmen, um den Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr Graz für die Fahrten zum Dienst bzw. vom Dienst eine Freifahrt auf den Linien der Grazer Verkehrsbetriebe zu ermöglichen.

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen  
Behandlung zugewiesen.*